

BM Böhling regt an den TOP 8 Haushalt 2024, Investitionsprogramm 2024-2027 - SV-Nr. 21/0766 und TOP 9 Haushalt 2024, Hebesatzsatzung - SV-Nr. 21/0766/1 zusammen zu behandeln.

StOAR Idel stellt den Haushalt 2024 und das Investitionsprogramm 2024-2027 vor und gibt dazu ausführliche Erläuterungen.

Der Vorsitzende konkretisiert für den Beschluss aus dem Bericht heraus einen Fehlbetrag im Ergebnishaushalt von 1,36 Millionen Euro.

RM Grimpe bitte um eine Erklärung, warum die Kosten für die Bewirtschaftung so hoch sind und was dahintersteckt.

StOAR Idel beantwortet die Frage dahingehend, dass sich dahinter die Kosten für Gas, Wasser, Strom und Reinigungsmittel verbergen.

Sie stellt anschließend das Investitionsprogramm vor und gibt Informationen zu den Finanzierungen über Kredite. Außerdem stellt StOAR Idel die Jahresfehlbeträge aus Vorjahren und die Haushaltsziele vor.

Sie erklärt zudem, dass für die Hebesatzsatzung ein separater Beschluss gefasst wird.

RM Striegl hat eine Frage zu dem angedachten Anbau der Grundschule Heidmühle und möchte wissen, wofür dieser genutzt werden soll. Zudem möchte er wissen, ob die Förderung vom Land für die Turnhalle in Sillenstede bestätigt wurde und mit wie viel Zeit für die europaweite Ausschreibung gerechnet werden muss. Abschließend erkundigt er sich nach dem Bedarfsplan der Feuerwehr.

BM Böhling beantwortet die Fragen dahingehend, dass an die Grundschule Heidmühle u.a. ein Raum für die 1.-Hilfe gebaut werden soll.

Bezüglich der Turnhalle Sillenstede wird die Bauverwaltung informieren und im Bedarfsplan der Feuerwehr sind die Beleuchtung für den Vorplatz des Feuerwehrhauses in Accum und die Beschaffung von Geräten enthalten. Die Planung für den Umbau wird noch im Frühjahr 2024 vorgestellt.

Auf weitere Nachfrage von RM Ottens, ob der Anbau an die Grundschule Heidmühle schon beschlossen wurde informiert BM Böhling darüber, dass darüber noch zu beraten ist.

RM Striegl erkundigt sich, ob es einen Nachtragshaushalt nach heutigem Kenntnisstand geben wird, was von BM Böhling bestätigt wird.

RM Just merkt an, dass der Landkreis seine Berechnungen für die Kreisumlage mehrfach geändert hat ohne eine Erklärung. Zudem ist es fraglich warum die Stadt Schortens mehr Kreisumlage zahlen muss auch hinsichtlich des Kitavertrages. Er erbittet eine Auskunft darum, ob bereits Gespräche mit dem Landkreis stattgefunden haben bezüglich einer Kostenbeteiligung am Pferdestall.

RM Homfeldt findet die Kreisumlage und die Kitakosten seitens des Landkreises nicht transparent. Er möchte vom Landkreis eine Erklärung bekommen, warum die Gebäude und die Kredite von der Kreisverwaltung übernommen wurden, aber die Stadt Schortens trotzdem letztere zahlt. Er schlägt vor den Bescheid abzuwarten und dann eine Erklärung vom Landkreis zu erbeten.

BM Böhling betont, dass die Verwaltung die ursprüngliche Berechnung des Landkreises nicht anzweifelt. Im Verwaltungsausschuss wurde bereits berichtet, dass noch keine abschließende

Festsetzung vom Landkreis vorliegt. Die anteiligen Kitakosten sind in der Kreisumlage enthalten.

BM Böhling stellt klar, dass erst der Festsetzungsbescheid abgewartet und geprüft werden muss um angemessen reagieren zu können.

RM Kasig unterstützt den Verwaltungsvorschlag. Die Finanzlage verschärft sich und die Länder und Kommunen haben immer weniger Geld zur Verfügung. Für die SPD stellt er allerdings klar, dass eine Erhöhung auf dem Rücken der Bürger nicht in Frage kommt. Er macht den Vorschlag den Hebesatz wie folgt anzuheben:

Grundsteuer A auf 450 Punkte

Grundsteuer B auf 450 Punkte

Die SPD ist zudem ein Befürworter von Gewerbeerweiterung und gibt zu bedenken, dass eine Erhöhung der Gewerbesteuer auch eine Gewissensentscheidung ist. Aber die Gruppe ist für eine Erhöhung auf 580 Punkte bei der Gewerbesteuer.

Er ergänzt zudem, dass ihm der Stadtteil Roffhausen sehr am Herzen liegt und er beantragt eine Bereitstellung im Haushalt von jeweils 20.000 Euro mit Sperrvermerk für die Straßenreinigung /-unterhaltung und ordnungsrechtlicher Maßnahmen in diesem Ortsteil.

RM Grimpe gibt zu bedenken, dass staatliche Leistungen Geld kosten und auch Zuschüsse vom Bund und vom Land immer indirekt durch eine Steuererhöhung geleistet werden. Einen Betrag von 20.000 Euro findet er für Roffhausen zu viel und er möchte es auch nicht nur an einem Ortsteil festmachen.

Er beantragt die Aufnahme folgender Ziele:

P 1.5.7.1.100- Wirtschaftsförderung

Durchführung einer lokalen Unternehmensbefragung zur Ermittlung der Stärken und Schwächen des Standorts Schortens aus Sicht der Gewerbetreibenden. Anschließende Erstellung eines Maßnahmenplanes zur Herausstellung der Stärken und Abbau der Schwächen.

P 1.4.2.4.200 – Aquafit

Dauerhafte Senkung des Zuschussbedarfs auf unter 400.000 Euro (inflationsbereinigt) durch Einnahmeverbesserung oder Kostensenkung.

RM Striegl empfindet es als unschöne Entwicklung der Finanzlage, die sich aber durch Tatsachen erklären lassen, die die Stadt Schortens nicht selbst in der Hand hat (Tarifabschluss etc.). Die Kommunen erhalten zu wenig Geld vom Land und vom Bund für die nötigen Ausgaben. Er ist dafür auf der Ausgabenseite das Potenzial auszuschöpfen und die Einnahmenseite durch Steuererhöhungen zu verbessern. Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Hebesatz findet die Mehrheitsgruppe zu hoch. Durch die Erhöhung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer sinkt die Attraktivität für den Standort Schortens.

RM Striegl stellt den Antrag die Hebesätze wie folgt anzupassen:

Grundsteuer A auf 480 Punkte

Grundsteuer B auf 480 Punkte

Gewerbesteuer auf 480 Punkte

Als Ziel formuliert er die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit. Er möchte ein Kommunikationskonzept zum 01.06.2024 erarbeitet haben und einen wöchentlichen Bericht.

Bei der Straßensanierung und der Schulhofsanierung sollte nicht gespart werden. Er stimmt RM Kasig zu, dass Roffhausen mehr beachtet werden muss. Aber es sollten dabei alle Außenbereiche berücksichtigt werden und eine grundsätzliche Verbesserung der Grünpflege angestrebt werden. Der Ordnungsbereich sollte die Außenbereiche mehr kontrollieren.

RM Just möchte sich bei der Erhöhung an dem friesischen Durchschnitt orientieren. Er schlägt einen Hebesatz von 460-480 Punkte für die Grundsteuer vor. Außerdem unterstützt er den Vorschlag der CDU die Gewerbesteuer auf 450-480 Punkte zu erhöhen. Er sieht Einsparpotenzial beim Pferdestall.

Der Vorsitzende ergänzt, dass es möglich ist jährlich einen neuen Hebesatz zu erlassen.

RM Grimpe bezeichnet einen Hebesatz von 480 Punkten bei der Grundsteuer mutig im negativen Sinne, da das Geld auf längere Sicht fehlen wird. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Steigerung entspricht der Inflation. Er sieht Einsparpotenzial bei den Bewirtschaftskosten und ist wie RM Just auch der Ansicht, dass Einsparungen im Pferdestall geprüft werden sollten.

RM Kasig schlägt vor, den Bauhof in Roffhausen mehr einzusetzen, da durch den Wegfall der Kitas nun mehr Kapazitäten frei sind und dieser Ortsteil dringend aufgewertet werden sollte. Er schlägt vor, dass jeweils 20.000 € für Straßenreinigung /-unterhaltung und ordnungsrechtlicher Maßnahmen mit einem Sperrvermerk für den Stadtteil Roffhausen im Haushalt aufgenommen werden. Zudem merkt RM Kasig an, dass RM Ottens bereits im VA Position zum Beispiel zur Erfurter Straße bezogen hat.

Der Sockelbetrag für Straßenunterhaltung von 600.000 Euro sollte nicht gestrichen werden. Er ist zudem dafür die Friedhoferweiterungsfläche zu veräußern, um den Haushalt zu entlasten. Er beantragt eine kurze Pause um sich mit seiner Fraktion über die Hebesätze zu beraten.

Ein Bürger erkundigt sich über den Stand des konkreten Vorschlags der Hebesätze. Außerdem möchte er wissen wie hoch die Steuerschuld wächst.

Der Vorsitzende informiert den Bürger darüber, dass es unterschiedliche Vorschläge aus den Fraktionen gibt und das StOAR Idel am Donnerstag im Rat über die Auswirkungen berichten wird.

RM Homfeldt fragt nach, ob eine Einstellung von 20.000 Euro grundsätzlich möglich ist.

BM Böhling erklärt, dass 20.000 Euro Haushaltsmittel zu Verfügung gestellt werden könnten. Er betont, dass Roffhausen auch durch seinen geschichtlichen Hintergrund das wirtschaftliche Herz der Stadt ist.

Es erfolgt eine Sitzungsunterbrechung von 19:35 Uhr -19:40 Uhr.

Nach der Sitzungsunterbrechung zieht RM Kasig seinen Antrag bezüglich der Hebesätze zurück.

RM Striegl stellt den Antrag die Hebesätze wie folgt anzupassen:

Grundsteuer A auf 480 Punkte

Grundsteuer B auf 480 Punkte

Gewerbesteuer auf 480 Punkte

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

RM Kasig beantragt die Einstellung von jeweils 20.000 € für Straßenreinigung /-unterhaltung und ordnungsrechtlicher Maßnahmen mit einem Sperrvermerk für den Stadtteil Roffhausen.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

RM Grimpe und RM Striegl beantragen die Aufnahme folgender Ziele:

RM Grimpe:

P 1.4.2.4.200 - Aquafit

- Dauerhafte Senkung des Zuschussbedarfs auf unter 400.000 Euro (inflationsbereinigt) durch Einnahmeverbesserung oder Kostensenkung abgestimmt.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

RM Striegl:

- Durchführung einer lokalen Unternehmensbefragung zur Ermittlung der Stärken und Schwächen des Standorts Schortens aus Sicht der Gewerbetreibenden und einer anschließenden Erstellung eines Maßnahmenplanes zur Herausstellung der Stärken und Abbau der Schwächen.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

RM Striegl:

- Entwicklung eines zielgruppenspezifischen Kommunikationskonzeptes inkl. Maßnahmenplanung bis zum 01.06.2024.
Zielgruppenspezifische Information über alle gängigen Kommunikationskanäle in Abhängigkeit der Zielgruppen.
Mindestens 1 x wöchentlich thematische Öffentlichkeitsarbeit zu allgemeinen und spezifischen Themen der Stadt.

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

RM Striegl beantragt für die Mehrheitsgruppe die Wertgrenze in §6 der Haushaltssatzung auf 5.000 Euro zu senken.

BM Böhling weist deutlich daraufhin, dass die Verwaltung dann nicht mehr so handlungsfähig ist um kurzfristig Dinge anzuschaffen und den Betrieb aufrecht zu halten. Dazu gehört zum Beispiel eine kurzfristige Neuanschaffung von Aufsitzrasenmäher etc. bei Defekten. Die Verwaltung würde durch die Senkung auf 5.000 Euro bevormundet.

StOAR Idel bestätigt die Ausführungen von BM Böhling.

RM Kasig bittet RM Striegl den Antrag der Mehrheitsgruppe zurück zu nehmen.

RM Striegl nimmt den Antrag zurück

Es ergeht unter Berücksichtigung der Empfehlung des Fachausschusses einstimmig folgender Beschlussvorschlag: